

Winterthur, 11. Januar 1999

KR-Nr. 8/1999

ANFRAGE von Willy Germann (CVP, Winterthur) und Chantal Galladé (SP, Winterthur)
betreffend Kosteneinsparungen bei den Winterthurer Verkehrsbetrieben

Um bis zum Jahre 2003 konkurrenzfähig zu werden, sind die Winterthurer Verkehrsbetriebe gezwungen, massiv Kosten einzusparen. Gegenwärtig stehen dabei Einsparungen beim Personal im Vordergrund.

Es fragt sich indessen, ob nicht gleichzeitig Kosten eingespart werden sollten, die den Winterthurer Verkehrsbetrieben durch den Gesamtverkehr erwachsen. Wegen der Kapazitätsengpässe im Strassennetz bleiben Busse häufig im Verkehr stecken. Dadurch müssen Einsatzbusse und längere Umlaufzeiten in Kauf genommen werden, was mehr Personal und Fahrzeuge bedingt. Diese Behinderungskosten werden nicht verursachergerecht durch den Strassenfonds abgegolten.

Ein störungsfreier Busbetrieb könnte durch ein Verkehrsmanagement erreicht werden, das neben einer grossflächigen Verkehrssteuerung separate Busspuren erfordert. Seit Jahren liegen entsprechende Projektvorschläge in der Schublade.

Wenn Mittel aus den Reserven der Winterthurer Baupauschale (Baufonds gemäss Strassengesetz § 46) aktiviert würden, könnten solche Projekte relativ kurzfristig realisiert werden. Für Winterthur wäre dies auch beschäftigungspolitisch von nicht geringer Bedeutung. Die Reserve der Winterthurer Baupauschale betrug 1998 über 40 Mio. Franken!

Wir fragen deshalb den Regierungsrat an:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Nutzung der Winterthurer Baupauschale auch für ein Verkehrsmanagement zu gestatten? Dieses würde den Gesamtverkehr optimieren, vor allem aber einen reibungslosen und dadurch kostengünstigeren Busbetrieb ermöglichen.
2. Wie könnte in Winterthur ansonsten die Wartezeit Null für Busse erreicht werden? Immerhin ein Ziel des Regierungsrates im Luftprogramm.
3. Wäre der Regierungsrat bereit, nicht bloss in Winterthur ein differenziertes Angebot in Form alternativer Betriebsformen zu unterstützen und damit unterschiedliche Tarife in Kauf zu nehmen? Ist der Regierungsrat nicht auch der Ansicht, dass damit in Randgebieten und zu Randzeiten die Produktivität der Verkehrsunternehmen erhöht werden könnte?
4. Wie sollen die rund 40 Mio. Franken der Winterthurer Baupauschale in absehbarer Zeit überhaupt genutzt werden?
5. Ist der Regierungsrat bereit, beim laufenden Wettbewerb zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes übergeordnete Verkehrsanliegen einzubringen, die insbesondere eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs und zugleich des (regionalen) Veloverkehrs zum Ziel hätten?

Willy Germann
Chantal Galladé